

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie zu dieser Medienkonferenz der vier Dachverbände der Schweizer Wirtschaft. Wir treten hier gemeinsam und mit einer Stimme auf. Wir stehen hier für das Unternehmertum, den Motor einer jeden Wirtschaft.

In diesen schwierigen Zeiten, von denen alle mehr oder weniger gleich stark betroffen sind, ist es wichtig, dass die Wirtschaftsverbände geschlossen auftreten und zusammenarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Heute sind wir hier, um zu zeigen, warum die Wirtschaft eine geschlossene Haltung zu den Abstimmungen am 25. September vertreten wird.

Das Zusammenspiel von KMU mit Grosskonzernen oder grossen Unternehmen ist ein entscheidender Erfolgsfaktor der Schweizer Wirtschaft. Das ist der Ausgangspunkt der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Agenda, welche der sgv zusammen mit Economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband im vergangenen November vorgestellt hat. Der Schweizerische Bauernverband teilt im Grundsatz die Aussagen der Agenda.

Zentrale Themen unserer Agenda sind Wirtschaftsfreiheit und Sicherheit. Ohne Wirtschaftsfreiheit kann kein Unternehmen investieren oder wachsen und fehlende Rechtssicherheit verunmöglicht jedem Unternehmen die Planung. Eine Unternehmens- und damit auch KMU-freundliche Politik, welche ich als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands und selbst Unternehmer vertrete und verteidige, ist denn auch «Ordnungspolitik». Es handelt sich um eine auf die lange Frist ausgelegte Arbeitsaufteilung zwischen dem Staat und den Privaten. Einige Sachen sind besser in der Verantwortung des Staates, während andere ohne Staat auskommen, das heisst von Privaten in privater Initiative. In der Ordnungspolitik kommt im konkreten Fall immer die Eigenverantwortung der Menschen vor dem staatlichen Handeln.

Dieses ordnungspolitische Konzept ist in der Schweizer Politik zunehmend durch die politische Agenda von Links-Grün gefährdet. Ihre Agenda will immer mehr Staat und Regulierung und dies zu Lasten der Eigenverantwortung. Um hier entgegenzuhalten haben sich die vier Wirtschaftsdachverbände entschlossen politisch eng zusammenzuarbeiten. Wir alle sind Wirtschaft und diese Botschaft muss in der Bevölkerung, insbesondere auch im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr, gehört werden.

Doch auch die kommenden Abstimmungen werden richtungsweisend sein. Es geht um die Sicherung eines unserer wichtigsten Sozialwerke, die AHV. Es ist geradezu fahrlässig von Seiten Links-Grün den im Parlament hart erkämpften Kompromiss aus reinem politischem Kalkül und sturer ideologischer Verblendung zu torpedieren. Die Schweiz braucht diese Reform.

Die Verrechnungssteuervorlage wiederum würde endlich Kapital und Geschäfte zurückholen, welche der Schweiz auf Grund von Überregulierung durch den Staat verloren gehen. Aber auch hier: Links-Grün will partout keine Steuern abschaffen, auch wenn schlussendlich alle davon profitieren würden.

Mit der Massentierhaltungsinitiative droht der Landwirtschaft ein weiterer unnötig einschränkender Eingriff des Staates. Diese Initiative verkennt die bereits grossen Anstrengungen der Landwirtschaft für das Tierwohl. Links-Grün zeichnet gerne das Feindbild einer ausbeuterischen und naturfeindlichen Landwirtschaft und Wirtschaft allgemein.

Unsere Zeiten sind mehr denn je von Unsicherheit geprägt. Unsichere Szenarien, unsere Versorgungen, unsicherer Wohlstand. Mehr denn je ist es von Bedeutung, dass wir in der Schweiz, für viele immer noch einen sicheren Hafen, auf die Karten setzen die uns in der Geschichte aber auch in jüngster Vergangenheit gut durch unsichere Zeiten gebracht habe. Nicht etwa eine Eingriffspolitik des Staates, sondern gute Rahmenbedingungen die letztlich auch dem Staat zugutegekommen. Anders als in vielen Länder haben wir oft zeitig ordnungspolitische Reformen in Angriff genommen, und

radikale Vorschläge links liegen lassen. Das hat uns Stabilität garantiert, auch in unsicheren Zeiten. Diese Karten müssen wir auch jetzt ausspielen.

Für eine stabile Schweiz, sichere Renten, einen starken Finanzplatz, der den Staat noch besser mitfinanzieren kann und eine weiterhin sichere Landwirtschaft mit dem Tierwohl im Zentrum, laden wir am 25. September dreimal Ja und einmal Nein abzustimmen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und erteile das Wort an den Präsidenten von economiesuisse Christoph Mäder.